

(A)

(C)

## 2. Sitzung

### 2. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Freitag, 25. Juli 1958

Mitteilungen des Präsidenten 10 A

Vorstellung des Kabinetts und Regierungs-  
erklärung 10 A

Dr. Meyer, Ministerpräsident 10 A

(B)

Vereidigung der Minister 20 C

(D)

Nächste Sitzung 20 C

(A)

**Beginn: 10.08 Uhr**

**Präsident Gockeln:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die zweite Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie und unsere Gäste herzlich willkommen.

Für den heutigen Tag sind entschuldigt die Herren Abg. Heinen, Nieswandt, Scharley, Schlingmann, Dr. Stuckel, Dr. Wehmeier und Wippermann.

Ihren Geburtstag feiert am heutigen Tage Frau Abg. Klöcker. Ich darf ihr im Namen des Hauses die herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben für den heutigen Tag vorgesehen:

#### **Abgabe der Regierungserklärung und Vorstellung des Kabinetts.**

Gemäß Art. 52 Abs. 3 der Landesverfassung hat mir der Herr Ministerpräsident die Zusammensetzung der Landesregierung mitgeteilt. Er hat den Wunsch, sie vor dem Hause bekanntzugeben und damit gleichzeitig seine Regierungserklärung abzugeben.

Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten bitten, das Wort zu nehmen.

**Dr. Meyers, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause die neue Landesregierung vorzustellen. Gemäß Art. 52 der Landesverfassung habe ich ernannt:

- Herrn Dr. Artur Sträter zum Finanzminister,
- Herrn Josef-Hermann Dufhues zum Innenminister,
- Herrn Dr. Hans Lauscher zum Minister für Wirtschaft und Verkehr,
- Herrn Johann Ernst zum Arbeits- und Sozialminister,
- Herrn Peter Erkens zum Minister für Wiederaufbau,
- Herrn Werner Schütz zum Kultusminister,
- Herrn Dr. Otto Flehinghaus zum Justizminister,
- Herrn Gustav Niermann zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundesangelegenheiten nehme ich selbst wahr.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wahlen zum vierten nordrhein-westfälischen Landtag haben ein in vieler Hinsicht bedeutungsvolles Ergebnis gebracht; bedeutungsvoll für die Zukunft unseres Landes, die Stabilität seiner politischen Ordnung, die Festigkeit der demokratischen Gesinnung des Volkes. Wir konnten bei diesen Wahlen die höchste Wahlbeteiligung verzeichnen, die bisher bei Landeswahlen erreicht wurde. In der Höhe dieser Wahlbeteiligung können wir nicht nur mit Genugtuung das ständig zunehmende Interesse des Bürgers an den öffentlichen Angelegenheiten feststellen, sondern auch eine Legitimation für Gründung und Bestehen unseres Landes, das in den vergangenen Jahren mit wenig Grund als künstliches Gebilde, als Zufallsprodukt

der Nachkriegszeit bezeichnet wurde. Heute dürfen wir feststellen, daß das Land Nordrhein-Westfalen, wenn gleich nicht traditionell und historisch so gefestigt wie manche anderen Länder, von unserem Volk an Rhein, Ruhr und Weser als sein Staatswesen anerkannt und von ihm getragen wird. (C)

Mit großer Genugtuung konnten wir feststellen, daß die Wählerschaft den Splitterparteien, die unermüdet wie stets auch diesmal auftraten, eine deutliche Absage erteilt hat. Wir sind, glaube ich, zu der Hoffnung berechtigt, daß das Volk heute, anders als in den Zeiten der Weimarer Demokratie, den hohen Wert klarer politischer Entscheidung und darauf beruhender Stabilität des Staates erkannt hat. Diese eindeutige Entscheidung des Volkes hat den Erfolg der Christlich-Demokratischen Union gebracht, die als erste Partei in der Geschichte unseres Landes die absolute Mehrheit im Parlament erringen konnte.

Das Volk von Nordrhein-Westfalen hat mit dieser Wahl der Christlich-Demokratischen Union einen Auftrag erteilt; sie muß die Regierungsverantwortung allein übernehmen.

Dieser Tag ist deshalb für die Christlich-Demokratische Union ein freudiger Tag; ein Tag auch, an dem sie ihren Wählern danken muß. Aber der heutige Tag ist zugleich ein Tag der Trauer, weil unser Gedenken sich dem Manne zuwendet, der heute von dieser Stelle zu dem Hohen Hause sprechen würde, wenn nicht ein plötzlicher Tod ihn ereilt hätte. Der Name Karl Arnold wird für immer einen ehrenvollen Platz in der Geschichte unseres Landes und in der Erinnerung der Christlich-Demokratischen Union behalten, denn ihm verdanken wir wesentlich Entstehung und Festigung Nordrhein-Westfalens als eines kraftvollen, sozial befriedeten Gliedstaates unseres Vaterlandes. Die Christlich-Demokratische Union wird sein Vermächtnis treu wahren und erneuert in dieser Stunde vor der Öffentlichkeit unseres Landes das Versprechen, im Geiste Karl Arnolds weiterzuarbeiten und sein Werk fortzuführen und auszubauen. Sein Glaube an die Demokratie als die politische Lebensform unseres Volkes, sein stetes Bewußtsein der sozialen Verpflichtung, welche dieses Land kraft seiner unvergleichlichen wirtschaftlichen und sozialen Struktur innerhalb der Bundesrepublik trägt, werden der Christlich-Demokratischen Union und der Landesregierung in aller Zukunft Richtschnur und Maßstab des Handelns sein. (D)

Wir haben mit dankbarer Freude erfahren dürfen, daß alle Parteien dieses Landes durch den Tod Karl Arnolds bewegt und erschüttert wurden und daß sie seiner Person und seinem Werk eine von menschlicher Achtung und Wertschätzung getragene Würdigung zuteil werden ließen. Diese allgemeine Teilnahme hat unserem Volke und vor allem auch manchem Kritiker unseres öffentlichen Lebens die Erkenntnis vermittelt, daß selbst auf dem Höhepunkt eines scharfen Wahlkampfes die Achtung vor der Persönlichkeit des Gegners allen Parteien unseres Landes selbstverständlich geblieben ist.

In dem Augenblick, da eine neue Landesregierung ihr Amt übernimmt, richtet sich zugleich der Blick auch auf die Männer, die bisher die Politik des Landes bestimmt und die Arbeit der Landesregierung geleitet haben. Ich

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) möchte Ihnen, Herr Kollege Steinhoff, und allen Mitgliedern Ihres Kabinetts aufrichtigen Dank sagen für alles, was Sie in den letzten 2½ Jahren im Interesse unseres Landes und zum Wohle seines Volkes getan haben.

(Beifall)

Ich verbinde damit die herzliche Bitte, dieses Wort des Dankes nicht als eine Floskel anzusehen, der ich mich des guten Tones wegen entledige. Ich weiß zu gut, welches ungeheure Maß von Verantwortung und Arbeit eine Landesregierung hat, als daß ich nicht die Verpflichtung fühlte, denen zu danken, die diese Verantwortung getragen haben.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu dem Verhältnis von Regierung und Opposition! In den Regierungserklärungen der Jahre 1950, 1954 und 1956 sind darüber kluge, richtige, ja goldene Worte gefunden worden, und es besteht kein Anlaß, sie hier einfach als zu einer Regierungserklärung gehörig etwa zu wiederholen. Es liegt mir aber namens der Landesregierung daran, mit allem Nachdruck zu versichern, daß beide, Regierung und Opposition, Funktionen von großer staatspolitischer Bedeutung zu erfüllen haben und daß die Landesregierung die Arbeit der Opposition, auch ihre Kritik, als Mitträgerschaft an der Staatsverantwortung zu würdigen bereit ist. Ich möchte deshalb den Wunsch aussprechen, bei Fragen von grundlegender Bedeutung mit den Führern der Opposition zusammenzukommen, ihre Auffassungen kennenzulernen und sie für die Politik des Landes fruchtbar zu machen.

- (B) Auch in diesem Hohen Hause wird es hoffentlich, wie schon in den vergangenen Jahren, gelingen, unter den Parteien bei aller Verschiedenheit der politischen Meinung, auch bei aller polemischen Schärfe, die gelegentlich erforderlich ist, ein menschlich anständiges, von Achtung und Vertrauen erfülltes Verhältnis zu bewahren. Ich bin weit davon entfernt, einem Parlament, das die leidenschaftliche Rede und Gegenrede braucht, etwa die ruhige Form akademischer Dispute zuzumuten. Aber es gibt Grenzen der Auseinandersetzung, die eingehalten werden müssen, wenn nicht das öffentliche Leben Schaden leiden und die politische Atmosphäre vergiftet werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte dem Hohen Hause im Gegensatz zu der bisher in unserem Lande herrschenden Übung keine Regierungserklärung vorlegen, die ein bis ins einzelne spezifiziertes Arbeitsprogramm enthält. Ich persönlich bin der Auffassung — und das gesamte Kabinett teilt diese Meinung —, daß es die Aufgabe einer Regierungserklärung ist, die Schwerpunkte, die Grundlinien, die Grundsätze der Regierungspolitik vorzutragen. Vor allem aber ist es nicht Sinn einer Regierungserklärung, alle möglichen Gruppen, Verbände und Organisationen zu belobigen und sie alle mit einem Blumenstrauß von Versprechungen zu erfreuen. Es wäre ein trauriger Staat, der vom subventionierten Wohlwollen seiner Bürger lebt.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, daß der Geschäftsbereich einer Landesregierung heute eine große Anzahl von Aufgaben um-

faßt, die mehr oder weniger zwangsläufig sind und alle Anspruch auf gleichmäßig gute und schnelle Erledigung haben. Es erscheint mir deshalb auch unzutunlich, mit der Aufzählung all dieser Aufgaben für die Regierung bereits im voraus eine Art Fleißzeugnis zu erbitten. Daß diese Aufgaben sorgfältig, schnell und sachlich zum Wohle des Staatsbürgers erledigt werden sollen, versteht sich von selbst.

Der Landesregierung erscheint es vielmehr wichtiger, zunächst Antwort zu geben auf die Fragen, die ihr heute mit Recht von den Trägern des politischen, des wirtschaftlich-sozialen und des geistig-kulturellen Lebens über ihre künftige Arbeit gestellt werden.

Das öffentliche Leben der Bundesrepublik wird — das ist eine notwendige und erwünschte Folge ihres bundesstaatlichen Aufbaues — von einer Mehrzahl von Funktionsträgern gestaltet. Sie alle haben ein Anrecht darauf, in dieser Stunde zu erfahren, wie sich die neue Landesregierung grundsätzlich zu ihnen stellt, welcher Art die Beziehungen sein sollen, die sie mit ihnen erstrebt, und welche besonderen Probleme ihr dabei wichtig erscheinen.

An der Spitze dieser Erklärungen muß ein Wort über das Verhältnis stehen, das die Landesregierung zur Bundesregierung pflegen möchte. Dies scheint mir um so wichtiger zu sein, als die Präambel der Regierungserklärung von 1956 besonders deutlich die Spannungen hervorhob, welche die Regierung meines Herrn Amtsvorgängers in ihrem Verhältnis zur Bundespolitik und zu deren Trägerin, der Bundesregierung, sah. Das Mißtrauen gegen die Bundespolitik war damals das beherrschende Merkmal des Verhältnisses unseres Landes zum Bunde. Die Situation der neuen Landesregierung ist demgegenüber grundsätzlich anders. Die Bundespolitik wird seit Jahren maßgeblich von der Christlich-Demokratischen Union gestaltet. Die nunmehr von den gleichen politischen Kräften getragene Landesregierung stimmt grundsätzlich mit den Zielen der Bundespolitik überein und wird diese Ziele im Rahmen der ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte, insbesondere also über ihre Mitgliedschaft im Bundesrat, unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Unbeschadet dieser Übereinstimmung wird die Landesregierung jedoch die berechtigten Ansprüche des Landes gegenüber dem Bund jederzeit vertreten und notfalls wahren. Im bundesstaatlichen Aufbau der Bundesrepublik wirken eigenständige Gliedstaaten über den Bundesrat an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Dieser Auftrag legt den Ländern besondere Verpflichtungen in ihrem Verhältnis zum Bunde auf, die in der jüngeren Vergangenheit ebensooft verkannt wie mißverstanden worden sind. Das verfassungspolitische Spannungsverhältnis zwischen Bund und Ländern kann nur dann fruchtbar gestaltet werden, wenn jedes Land in seiner Art seinen Beitrag leistet für ein Miteinander von Bund und Ländern zum Besten des allgemeinen Wohles: Bundestreue der Länder und Ländertreue des Bundes bedingen einander. Nur so kann sich eine bundesstaatliche Ordnung entfalten.

Eine solche Bundestreue der Länder braucht jedoch ihre eigenen berechtigten Interessen nicht zu schmälern.

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Die Landesregierung wird daher die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Bund aufmerksam verfolgen und sich unter Berücksichtigung der Erfordernisse und Anliegen des Landes zu dieser Entwicklung jeweils ihre eigene Meinung bilden. Sie wird auch nicht zögern, mit ihren verfassungsrechtlichen Mitteln das Gewicht der Stimme Nordrhein-Westfalens dort in die Waagschale der politischen Entscheidung zu werfen, wo Maßnahmen der Bundespolitik etwa wichtigen Anliegen unseres Landes nicht genügend Rechnung tragen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Landesregierung das Angebot des Herrn Bundeskanzlers, häufiger gemeinsame Besprechungen mit den Ministerpräsidenten abzuhalten. Solche Gespräche können für das Verhältnis von Bund und Ländern von besonderer Bedeutung sein und zu einer schnellen und gründlichen Bereinigung von Schwierigkeiten und Mißverständnissen beitragen.

Die Landesgesetzgebung ist in den letzten Jahren in allen Bundesländern ständig zurückgegangen. Auch in Nordrhein-Westfalen hat das Parlament die grundlegenden Gesetzgebungswerke weitgehend verabschiedet. Um so bedeutungsvoller ist deshalb heute die Mitwirkung des Landes an der Gesetzgebung des Bundes. Es ist einmal unmittelbar daran interessiert, daß die Bundesgesetze, welche ja bekanntlich von den Ländern ausgeführt werden müssen, den Erfordernissen einer sparsamen und zweckmäßigen Verwaltung Rechnung tragen. Zum anderen muß ihm daran gelegen sein, die tiefgreifenden Wirkungen der Bundesgesetze auf das wirtschaftliche und soziale Leben der Länder möglichst frühzeitig übersehen und sie evtl. während des Gesetzgebungsverfahrens über den Bundesrat beeinflussen zu können.

- (B) Die Landesregierung hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die Ratifizierung des **deutsch-belgischen Grenzvertrages** in aller Kürze die Verhältnisse an einem Teile der Westgrenze des Landes endgültig bereinigen wird. Die beispielhafte europäische Gesinnung, in der diese Lösung gefunden worden ist, gibt der Landesregierung zugleich die Hoffnung, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, eine gleiche **befriedigende Regelung der deutsch-niederländischen Grenzverhältnisse** für Suderwyk, Elten, Wyler und die Selfkant zu erreichen, damit auch in diesem Grenzraum der Nachbar wirklich wieder Nachbar wird.

(Beifall bei der CDU)

Im Bundesstaat stehen nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Länder untereinander in vielfältigen Beziehungen. Gerade diese sind in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik in mancher Hinsicht noch belebungs- oder entwicklungsbedürftig. Die Landesregierung ist gewillt, die **Zusammenarbeit der Länder** zu stärken und wichtige Fragen gemeinsamen Interesses im Wege der Koordinierung durch ständigen Meinungsaustausch zu klären und abzustimmen. Sie ist der Überzeugung, daß hierdurch die bundesstaatliche Idee in einer den Erfordernissen unserer Zeit angepaßten Form fruchtbar weiterentwickelt werden kann.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhange dem **horizontalen Finanzausgleich** zu. Die Landesregierung ist grundsätzlich bereit, den finanzschwachen Länder auf diese Weise zu helfen. Für jedes Land —

und damit auch für Nordrhein-Westfalen mit seinen besonderen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben — liegt dabei aber die Grenze der Leistungsfähigkeit dort, wo die Erfüllung wichtiger eigener Aufgaben durch einen derartigen Ausgleich ernstlich beeinträchtigt würde.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß Gedeihen und Wohlstand des Landes mit dem Gedeihen und dem Wohlstand seiner kommunalen Körperschaften eng verknüpft sind. Sie wird daher auch in den kommenden Jahren ihre besondere Sorge den Gemeinden und Gemeindeverbänden zuwenden. Zur Abrundung der rechtlichen Ordnung der **gemeindlichen Selbstverwaltung** in unserem Lande wird die Landesregierung dem Hohen Hause ein Zweckverbandsgesetz und ein Kommunalabgabengesetz zur Beschlußfassung vorlegen.

Noch größere Bedeutung legt die Landesregierung der weiteren Entwicklung der **Finanzlage der Gemeinden** bei. Sie wird diese mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Sicherlich haben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Ablauf der verflossenen zehn Jahre Aufbauleistungen einmaligen Ausmaßes bewältigt. Sie haben hierfür jedoch eine erhebliche Verschuldung in Kauf nehmen müssen, die in einzelnen Fällen bereits die Grenze des Erträglichen erreicht hat. So bleibt die ernstliche Frage, wie die kommunalen Körperschaften in den Stand gesetzt werden können, auch die noch vor ihnen liegenden umfangreichen und kostspieligen Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung ist entschlossen, den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei der Bewältigung dieses Anliegens zu helfen. Zu denken ist hier einerseits an eine Verbesserung des gemeindlichen Steuersystems, um die sich Bund, Länder und Gemeinden bemühen.

(Bravo!)

Im Bereich ihrer eigenen Zuständigkeit wird die Landesregierung anstreben, den Steuerverbund zu verbessern und den sogenannten inneren Finanzausgleich abschließend zu ordnen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei handelt es sich vor allem um einen noch besseren Ausgleich zwischen leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Gemeinden. Sobald die Auswirkungen des Schulfinanzgesetzes im einzelnen zu übersehen sind, wird die Landesregierung Vorschläge zur Vereinfachung und, soweit nötig, zur Anpassung der Schlüsselzuweisungen an die Belastung der einzelnen Gemeinden vorlegen. Es besteht aber auch Klarheit darüber, daß sie die gemeindlichen Investitionen in bestimmten Bereichen auch weiterhin fördern muß. Das gilt vor allem für den Schulbau, für den auch in den kommenden Haushaltsjahren weitere Landesmittel bereitgestellt werden müssen, für den Ausbau der Straßen, für die Einrichtungen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge und für die Jugendbetreuung. Bei all diesen Maßnahmen wird beachtet werden, daß ein zu starkes Gefälle zwischen Stadt und Land vermieden wird. Gewiß gibt es Unterschiede, die auch eine noch so intensive Förderung der ländlichen Gemeinden nicht

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) beseitigen kann. Dennoch hat die Landbevölkerung unter sozialstaatlichen und rechtsstaatlichen Gesichtspunkten einen berechtigten Anspruch darauf, daß sich die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand gleichmäßig auswirkt und die ländlichen Bezirke nicht benachteiligt werden.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch im allgemeinen kommunalpolitischen Raum gibt es indes Erscheinungen, die Bedenken hervorrufen müssen. Die Sachbezogenheit der kommunalen Aufgaben gibt eine besondere Möglichkeit, gesunden Menschenverstand zu beweisen und in den Vertretungskörperschaften einträchtig zusammenzuarbeiten. Schon deshalb sollte die **Arbeit in der Gemeinde als hohe Schule der Demokratie** von politischen Überspitzungen frei bleiben. Leider hat sich jedoch in letzter Zeit in zunehmendem Maße eine parteipolitische Verkrampfung der kommunalpolitischen Arbeit besonders in der Personalpolitik gezeigt, die Besorgnis erregt.

(Sehr richtig!)

Ich richte daher den dringenden Appell an alle Parteien unseres Landes, gerade in der kommunalpolitischen Arbeit das Verbindende über das Trennende zu stellen und in demokratischer Verantwortung Toleranz und Sachlichkeit walten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Besondere Bedeutung haben für die Landesregierung gute und vom Geiste gegenseitigen Vertrauens erfüllte **Beziehungen zu den christlichen Kirchen und den Religionsgemeinschaften**. Diese sind vom Staate unabhängige, ursprüngliche geistige Lebensmächte. Es ist selbstverständlich, daß die zwischen ihnen und dem Land geschlossenen Verträge und Abkommen loyal durchgeführt werden, und zwar nicht nur als Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, sondern aus dem Geist der christlichen Überzeugung der Mitglieder der Landesregierung. Die Landesregierung glaubt auch, auf diese Weise am besten dem konfessionellen Frieden in unserem Lande zu dienen.

(Beifall bei der CDU)

Außer den Kirchen und Religionsgemeinschaften erfüllen erfreulicherweise heute noch zahlreiche Organisationen und Verbände der verschiedensten Arten soziale, karitative und kulturelle Aufgaben in unserer sozialen Gemeinschaft. Besondere Bedeutung haben dabei die **Verbände der freien Wohlfahrtspflege**. Die Landesregierung ist bereit, diesen Verbänden und Organisationen grundsätzlichen Vorrang vor eigener staatlicher oder kommunaler Betätigung einzuräumen und damit dem Grundsatz der Subsidiarität öffentlicher Funktionen, wie er christlicher Weltanschauung entspringt, Rechnung zu tragen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Auch mit den zahlreichen sonstigen Vereinigungen, die sich öffentlicher Anliegen annehmen, will die Landesregierung gut zusammenarbeiten. Das gilt insbesondere für die Kammern der Berufsstände, für die Organisationen der Kriegsbeschädigten, der Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten, der politisch, rassistisch und religiös Verfolg-

ten und nicht zuletzt für die Jugend- und Sportorganisationen. (C)

Das **gute Verhältnis zwischen den Sozialpartnern in der Wirtschaft** ist eine wesentliche Voraussetzung für die innere Ordnung in unserem Lande. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung die Entwicklung des Verhältnisses der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Die Landesregierung erkennt das Recht der Sozialpartner zu freier Betätigung an.

(Bravo!)

Sie muß aber zugleich auf die Grenzen hinweisen, die hier gesetzt sind. Vereinbarungen und Beschlüsse, die für das Gesamtgefüge der Volkswirtschaft und damit für Land und Bund von einschneidender Bedeutung sein können, erfordern ein hohes Maß sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verantwortung, von Vernunft und Mäßigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Nur so werden die unbestreitbaren Erfolge der deutschen Volkswirtschaft, die allen von uns zugute kommen, gesichert werden können. In diesem Zusammenhang ist die **Erhaltung des Arbeitsfriedens** besonders wichtig. Die Landesregierung wird alles tun, um ihn zu sichern.

Die Öffentlichkeit aller Staatsangelegenheiten ist ein wesentliches Merkmal der Demokratie. Das Volk hat berechtigten Anspruch darauf, zu wissen, was die Regierung zu tun beabsichtigt oder getan hat und welche Gründe dafür maßgebend waren. Deshalb ist die Landesregierung bereit, die **Öffentlichkeit** in objektiver und verständlicher Weise über ihre Tätigkeit zu **unterrichten**. Sie rechnet dabei auf ein vertrauensvolles und gutes Verhältnis zur Presse, zu den Nachrichtendiensten, zu Funk und Fernsehen. (D)

Auch das Wirken der **Staatsbürgerlichen Bildungsstelle** gewinnt unter diesen Gesichtspunkten erhebliche Bedeutung. Voraussetzung ist jedoch, daß es vom Geiste der Objektivität und staatspolitischer Verantwortung getragen ist. Die Arbeit der Staatsbürgerlichen Bildungsstelle muß jedem Staatsbürger ohne Rücksicht auf seine weltanschauliche und politische Einstellung die Möglichkeit geben, sich an Hand ihrer Informationen ein klares, objektives und unbeeinflusstes Bild zu verschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Die öffentliche Verwaltung des Landes als Trägerin des Vollzuges der Bundes- und Landesgesetze ist im Rahmen der Verwaltungsreform seit geraumer Zeit Gegenstand des besonderen öffentlichen Interesses. Es ist mittlerweile zwar gesichertes Erkenntnis, aber leider noch nicht Gemeingut aller dafür verantwortlichen Instanzen und Personen geworden, daß der **Aufwand der öffentlichen Verwaltung** zu einem wesentlichen Teil vom Umfang der Gesetzgebungstätigkeit abhängig ist. Je stärker und konsequenter die Gesetzgebung auf das notwendige Maß beschränkt wird, je mehr Inhalt und Fassung der Gesetze dem Grundsatz der Einfachheit und Klarheit Rechnung tragen, um so weniger aufwendig wird die öffentliche Verwaltung arbeiten.

Bei der Bundesgesetzgebung soll künftig in den **Gesetzesvorlagen** auch zu den **Kosten der Durchführung**

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Stellung genommen werden. Die Landesregierung beabsichtigt, diese Regelung auch für die Landesgesetzgebung einzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Zwei Gesetze werden in dieser Wahlperiode der Weiterführung der Verwaltungsreform dienen; ein Landesorganisationsgesetz und ein Verwaltungsverfahrensgesetz. Darüber hinaus wird die Landesregierung die seit Jahren laufenden Bemühungen um die Vereinfachung der Verwaltung fortsetzen. Die Arbeit an dieser Aufgabe hat in der Zwischenzeit zu einer Fülle von praktischen Erfahrungen geführt, die sorgfältig ausgewertet und für die weiteren Maßnahmen nutzbar gemacht werden müssen. Auch ist es erforderlich, die Zusammenarbeit aller auf dem Gebiete der Rationalisierung tätigen Beamten der obersten Landesbehörden zu verstärken. Es hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, daß wirkliche Rationalisierung in der Verwaltung nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn dazu Beamte zur Verfügung stehen, die für diese Aufgabe besonders ausgebildet sind. Bei dieser Ausbildung wird es auch darauf ankommen, die in anderen Ländern, so etwa in Frankreich und in der Schweiz, bei der Bearbeitung von Rationalisierungsfragen gewonnenen Erfahrungen nutzbar zu machen.

Die Landesregierung ist der Überzeugung, daß die **Leistungsfähigkeit und Qualität der öffentlichen Verwaltung**, d. h. die Güte, Schnelligkeit und Lebensnähe ihrer Arbeit, in entscheidender Weise von der Leistungsfähigkeit aller ihrer Bediensteten — der Beamten, Angestellten und Arbeiter — abhängig ist. Selbstverständlich wird die Landesregierung bei allen beamtenrechtlichen Maßnahmen aus dem Gesichtspunkt des Treueverhältnisses des öffentlichen Dienstherrn soziale Rücksicht nehmen. Zugleich aber wird sie in Zukunft maßgebliches Gewicht auf die Verwirklichung des Leistungsprinzips in der öffentlichen Verwaltung legen, wobei sich die innere Bejahung des demokratischen Rechtsstaates für jeden Bediensteten der öffentlichen Verwaltung von selbst versteht.

(Beifall bei der CDU)

Je qualifizierter der Bedienstete der öffentlichen Verwaltung ist, um so besser ist seine Arbeitsleistung, um so geringer ist aber auch der Aufwand, der aus Steuermitteln des Bürgers für die öffentliche Verwaltung aufgebracht werden muß.

Es gibt kein **Berufsbeamtentum** ohne **Berufsethos**. Beamter zu sein, muß heute, wie auch früher, als eine Auszeichnung und besondere Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit angesehen werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur unter diesen Voraussetzungen läßt sich die Einrichtung des Berufsbeamtentums mit ihren Vorrechten gerade auch in unserer Zeit weiter rechtfertigen. Dabei brauche ich nicht besonders zu betonen, daß von Beamten, Angestellten und Arbeitern absolute Integrität gefordert wird. Wer sich nur im geringsten mit korruptiven Elementen einläßt, hat das Recht verwirkt, dem Lande weiterhin zu dienen;

(Beifall bei der CDU)

die Landesregierung wird in solchen Fällen ohne Ansehen der Person die erforderlichen Folgerungen ziehen. (C)

Solchen Anforderungen an den öffentlichen Dienst wird die Landesregierung aber zugleich die Bereitschaft gegenüberstellen, berechnete Ansprüche aller Bediensteten der öffentlichen Verwaltung zu erfüllen.

Im beamtenrechtlichen Bereich steht in Durchführung des Beamtenrechtsrahmengesetzes die Neufassung des Landesbeamtengesetzes im Vordergrund. Nach Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes wird eine Neuordnung der Besoldungsgruppen erforderlich sein, bei der die Landesregierung berechnete Forderungen berücksichtigen wird. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Besoldung der Lehrer überprüft werden müssen.

Dabei betone ich aber schon jetzt hinsichtlich aller Beamten, daß der öffentliche Dienst, auch besoldungsrechtlich, eine Einheit ist. Alle Versuche, dieses Gesamtgefüge durch übertriebene Forderungen einzelner Gruppen zu sprengen, wirken sich am Ende zum Nachteil der gesamten Beamtenschaft aus.

(Beifall bei der CDU)

Die staatliche Organisation der **Polizei** hat sich voll- auf bewährt. Insbesondere ist es durch die Bestellung staatlicher Polizeiverwalter in den kreisfreien Städten sowie durch die Übertragung der Polizeiverwaltung in den Landkreisen auf den Oberkreisdirektor gelungen, die Polizei eng mit der allgemeinen Verwaltung zu verbinden. Die Landesregierung wird auch in Zukunft mit allen Mitteln verhüten, daß die Polizei sich in einem unerwünschten Eigenleben von der allgemeinen Verwaltung abkapseln oder gar eine militärähnliche Einrichtung werden könnte. (D)

(Sehr gut!)

Zugleich bejaht die Landesregierung die Modernisierung der Polizei und ihre Ausrüstung mit neuesten technischen Mitteln. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Dabei muß allerdings den örtlichen Gegebenheiten der Polizeibezirke, den berechtigten Belangen der Bevölkerung, insbesondere ihrem Sicherheitsbedürfnis gegenüber Rechtsbrechern aller Art und nicht zuletzt auch dem Leistungsvermögen der Polizeibeamten selbst Rechnung getragen werden. Keinesfalls darf durch die Technisierung der Polizei der notwendige Kontakt mit der Bevölkerung verlorengehen; denn bei all diesen Maßnahmen muß der Staatsbürger ebenso im Mittelpunkt stehen wie der Polizeibeamte als Mensch. Eine weitere Verminderung der Personalstärken der Polizei wird die Landesregierung nicht in Erwägung ziehen.

Ohne die **Unabhängigkeit der Rechtspflege** ist eine gesunde Demokratie nicht denkbar; denn Dauer verleiht der Demokratie nur ihr rechtsstaatlicher Charakter. Die Landesregierung wird sich deshalb bemühen, den rechtsstaatlichen Gedanken in Justiz und Verwaltung fortzuentwickeln und zu festigen.

Sichtbarer Garant des Rechtsstaates bleibt die starke Richterpersönlichkeit, die — unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet — Recht spricht. Aber auch die übrigen Organe der Rechtspflege, der Staatsanwalt wie der Rechts-

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) anwalt, müssen vom Streben zu rechtsstaatlichem Denken erfüllt sein. Die freie Rechtsanwaltschaft gewährleistet darüber hinaus besonders die Freiheit der Bürger. Bei der Beratung der Bundesrechtsanwaltsordnung wird es daher ein besonderes Anliegen der Landesregierung sein, die Eigenständigkeit der Rechtsanwälte zu sichern.

Vor allem aber muß der Bürger selbst das Gefühl haben, daß die Justiz, unbeeinflussbar durch unsachliche Erwägungen, gewillt und in der Lage ist, ihm Freiheit und Entfaltung seiner Persönlichkeit zu garantieren. Der Kampf gegen den Rechtsbrecher muß deshalb wirkungsvoll geführt werden. Dem Strafvollzug sind selbstverständlich hierbei die modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde zu legen, die gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahrzehnten entscheidendes Gewicht gewonnen haben. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß Strafe Sühne für begangenes Unrecht ist, und daß der Strafvollzug diesen Charakter der Strafe nicht aufheben darf.

(Beifall bei der CDU)

Aus der Fülle der Probleme des gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens, denen sich die Landesregierung bei ihrer künftigen Arbeit gegenüber sieht, kann und will ich im folgenden nur die besonders schwerwiegenden und gewichtigen herausheben; auf sie wird sich das Wirken der Landesregierung mit besonderen Schwerpunkten konzentrieren.

Jede zeitgerechte Beurteilung von sozialen Problemen muß von der Tatsache ausgehen, daß sich in diesem Jahrhundert die Verhältnisse unserer Gesellschaft grundlegend gewandelt haben. Seit etwa einem Jahrzehnt leben wir in einer Epoche wachsenden sozialen Aufstiegs auch der ehemals wirtschaftlich schwachen Schichten der arbeitenden Bevölkerung; heute können wir mit Genugtuung und Freude feststellen, daß in unserem Land eine Gruppe fast völlig verschwunden ist, die noch vor einer Generation als soziales Symbol galt: das Proletariat.

- (B) Hat die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere ihre Technisierung, somit dazu geführt, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Menschen zu bessern, so hat sie diese aber zugleich in neue, oft nicht weniger drückende Fesseln gelegt. Eingezwängt in den Ablauf eines totalen, bis ins Äußerste durchorganisierten Arbeitsprozesses, der ihm oft die innere Beziehung zum Sinn seiner Arbeit raubt, verliert der moderne Mensch das Verhältnis zu den geistigen Wurzeln seines Daseins. Die Perfektion technischer Apparate und der Betrieb der modernen Freizeit-Industrie lassen ihn allzuoft die Notwendigkeit vergessen, den unabänderlichen Bedürfnissen von Geist und Seele zu genügen. Hier soll und muß die durch die Arbeitszeitverkürzung gewonnene Freizeit Möglichkeiten schaffen, daß der von der Arbeit über das Maß beanspruchte Mensch innerlich zu sich zurückfindet. Sinnvolle Gestaltung dieser neuen größeren Freizeit wird daher in Zukunft eine wichtige Forderung der Lebensgestaltung schlechthin sein. Die Initiative hierfür liegt naturgemäß zunächst beim Menschen selbst, bei der Familie und den freien gesellschaftlichen Gruppen. Aber auch dem Land fällt hier eine fördernde Funktion zu, der es sich nicht entziehen darf und wird.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Auch das Leben der in öffentlicher Verantwortung stehenden Menschen bedarf in unseren Tagen sinnvoller Ruhepausen. Die übermäßige, oft sinnlose und nur um ihrer selbst oder gar der Eitelkeit willen betriebene öffentliche Repräsentation sollte deshalb auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Damit wird auch dem Raubbau Einhalt geboten werden, der dadurch an der Gesundheit und Arbeitskraft der führenden Männer in Staat und Wirtschaft getrieben wird. Die Landesregierung ist entschlossen, auf diesem Wege mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Die Sorge um die Erhaltung und Sicherung der Familie ist eine Aufgabe, deren Bedeutung im Hinblick auf die Zukunft unseres Volkes nicht ernst genug genommen werden kann. Dabei muß — allen Krisengerüchten zum Trotz — zunächst die erfreuliche und verheißungsvolle Tatsache festgehalten werden, daß es heute überall in unserem Lande noch eine überaus große Zahl gesunder Familien gibt, in denen die Eltern ihren Kindern Tag für Tag Rücksichtnahme, Opfer und Verzicht um des Mitmenschen und der Gemeinschaft willen beispielhaft vorleben.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Unschätzbare erzieherische Kräfte gehen von diesem Beispiel aus. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß gerade diese Familien durch die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Tage in mannigfache materielle Nöte geraten. Die Landesregierung wird deshalb alle Bemühungen unterstützen, die der Förderung der Familie dienen. In ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich wird sie sich vor allem nachdrücklich dafür einsetzen, daß durch familien-gerechte Wohnungen der Familie der notwendige Lebensraum geschaffen wird.

Mit gleicher Verantwortung wird sich die Landesregierung der Förderung der Jugend annehmen. Zu den bleibenden Verdiensten des vereinigten Ministerpräsidenten Karl Arnold gehört die Schaffung des Landesjugendplanes. Diese einmal so genannte „Aktion zur Förderung der jungen Generation“ hat in allen Bundesländern Nachahmung gefunden; jedoch ist der Landesjugendplan von Nordrhein-Westfalen in bezug auf seinen Umfang, seine Leistungen und die Weite seiner Zielsetzung bis heute von keinem anderen Land erreicht, geschweige denn übertroffen worden.

Dennoch bedarf dieser Plan einer sachlichen Überprüfung. Er darf nicht in einem Schema nicht mehr erforderlicher oder überholter Leistungen erstarren. So werden sicherlich manche Förderungsmaßnahmen abgebaut, dafür aber andere Schwerpunkte der Jugendarbeit erfaßt oder ausgebaut werden können. Auch wird die Landesregierung das bereits seit Jahren bestehende Ferienhilfswerk für junge Menschen verstärkt fortsetzen, der Bildungsarbeit an der Jugend besondere Beachtung schenken und alles daran setzen, damit das seit langem fällige Jugendarbeitsschutzgesetz endlich in Kraft tritt.

(Hemsath (SPD): Hoffen wir!)

In gleicher Weise wird sich die Landesregierung des arbeitenden Menschen annehmen und alle Bemühungen

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) um die **Erhaltung der Vollbeschäftigung** und der Arbeitsplätze unterstützen. Daneben wird sie besonders die Bestrebungen fördern, jedem arbeitenden Menschen die Möglichkeit zum Erwerb von Eigentum zu geben, da der Mensch auf diese Weise am sichersten vor der Gefahr des Kollektivismus bewahrt werden kann. Wenn auch die **Mitbeteiligung des Arbeiters am Gewinn** des Industriebetriebs in Form von Aktien oder sonstigen Anteilen nur vom Bund verwirklicht werden kann, so bleibt dem Lande doch manche Möglichkeit, über die Förderung etwa des Eigenheimgedankens, demselben Ziel zu dienen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird die Landesregierung der Sicherheit im Betriebe besondere Aufmerksamkeit schenken. Wir haben in den vergangenen Jahren kaum einen Beginn einer Sitzungsperiode des Landtags erlebt, in der nicht der Tod von Bergleuten beklagt werden mußte, die durch Betriebsunfälle unter Tage ihr Leben lassen mußten. Deshalb muß weiterhin alles geschehen, um den **Arbeitsschutz, vor allem im Bergbau**, mit Hilfe der Gewerbeaufsicht und in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weiter zu verbessern.

Die Entschlossenheit der Landesregierung, mit Nachdruck auf die Heilighaltung des Sonntages zu dringen, wird ihr Veranlassung geben, die Frage der **gleitenden Arbeitswoche**, deren Schwierigkeit sie sich voll bewußt ist, nochmals eingehend zu untersuchen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die Landesregierung plant besondere Maßnahmen für diejenigen, die infolge ihres Alters unseren Dank und den Schutz des Staates besonders verdienen. Sie wird untersuchen, inwieweit durch die **Bereitstellung besonderer Altersheime** durch hierfür geeignete Träger unter entsprechender staatlicher Unterstützung dieser Zweig öffentlicher Fürsorge neu belebt werden kann.

Die Aufgaben der öffentlichen **Gesundheitsfürsorge** bedürfen in den besonders schwierigen Verhältnissen unseres Landes einer noch weitergehenden Förderung als bisher. Sowenig auch hier durch staatliche Tätigkeit in die Arbeit der Angehörigen der freien Heilberufe eingegriffen werden soll, so bestehen doch Lücken, die einer Ausfüllung bedürfen. Hierzu rechnen insbesondere der grundlegende Ausbau der gesundheitlichen Volkserziehung in den Schulen und Lehrerbildungsanstalten, um die Jugend möglichst frühzeitig mit den Erfordernissen der modernen Gesundheitspflege vertraut zu machen, in gleicher Weise aber auch Maßnahmen zur Herabsetzung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit. Des weiteren wird die Landesregierung aber auch bei den Beratungen des Lebensmittelgesetzes des Bundes mit Nachdruck ihrer Auffassung Ausdruck geben, daß den in der Lebensmittelproduktion und im Handel tätigen Personen im Interesse der Volksgesundheit ihre besondere Verantwortung vor Augen gehalten werden muß. Diesem Appell an das eigene Gewissen sollte auch im Rahmen des Gesetzes deutlich Geltung verschafft werden; allerdings werden dort, wo dieser Appell fruchtlos bleibt, staatliche Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Die **Krankenhäuser** in unserem Lande sind seit geraumer Zeit Gegenstand ernster Sorge. Die finanzielle Situation der gemeindlichen wie vor allem auch der freien Krankenanstalten verschlimmert sich laufend. Ihre Verschuldung in den letzten Jahren ist ständig gestiegen. Es fällt ihnen immer schwerer, das erforderliche Personal zu finden. In Würdigung der besonderen Bedeutung der Krankenanstalten für die Volksgesundheit wird die Landesregierung deshalb alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen treffen, um den Notstand der Krankenhäuser zu beheben, insbesondere aber auch die private Initiative in diesem Bereich karitativer Tätigkeit noch stärker als bisher zu wecken und zu unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ein besonderes Problem gesundheitspolitischer Art stellen in Nordrhein-Westfalen mit seiner weitverzweigten Industrie Maßnahmen zur **Reinhaltung der Luft** dar. Wenn auch die Beurteilungen des Schädlichkeitsgrades der Luftverunreinigung, insbesondere im Ruhrgebiet, nicht einheitlich sind, so sind sich alle Fachleute doch darüber einig, daß verhältnismäßig bald der Zeitpunkt eintreten kann, in dem die Verunreinigung der Luft eine ernste Gefahr für die Volksgesundheit darstellen muß. Die Landesregierung wird daher die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer wirkungsvollen Lufthygiene sorgfältig prüfen, und, soweit erforderlich, in Zusammenarbeit mit den Beteiligten das Notwendige in die Wege leiten.

Das Schicksal der **Flüchtlinge, der Evakuierten und Aussiedler** sowie der politisch, rassisch und religiös Verfolgten verlangt nach wie vor besondere öffentliche Hilfe und Unterstützung. Im Mittelpunkt steht hier die Sorge um angemessene Unterkünfte und Arbeitsplätze sowie eine wirkliche Eingliederung. Dabei wird auf die Beobachtung der Lage der jugendlichen Flüchtlinge besondere Sorgfalt zu verwenden sein.

Die **Wiedergutmachung** an den politisch, rassisch und religiös Verfolgten hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. In konsequenter Weiterverfolgung dieser Maßnahmen wird die Landesregierung alles daran setzen, um die Wiedergutmachung spätestens zu dem im Bundesentschädigungsgesetz benannten Termin vom 31. März 1963 abzuschließen. Dazu bedarf sie aber der tatkräftigen Unterstützung der Städte und Landkreise bei der Bearbeitung der Wiedergutmachungsanträge. Ihrerseits wird die Landesregierung alle erforderlichen personellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um nach nun bald 15 Jahren die Wiedergutmachung an den Opfern des nationalsozialistischen Unrechtsstaates endlich zum Abschluß zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Nach wie vor sind im **Bau- und Wohnungswesen** unseres Landes gewaltige Aufgaben zu lösen, unter denen die Beseitigung der Wohnungsnot an erster Stelle steht. Die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen und der natürliche Bevölkerungszuwachs stellen zudem jährliche neue Anforderungen. Damit wird der soziale Wohnungsbau immer mehr zu einem Finanzierungs- und Baulandproblem ersten Ranges.



(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Dennoch genügt es nach Auffassung der Landesregierung nicht, nur Wohnungen um jeden Preis zu bauen; vielmehr sollte mit der Beseitigung der Wohnungsnot die Schaffung von Einzeleigentum an Haus und Boden möglichst Hand in Hand gehen. Nordrhein-Westfalen liegt bei der **Eigenheimförderung** nicht unerheblich hinter anderen Ländern der Bundesrepublik zurück. Die Landesregierung wird daher prüfen, wie dem Grundgedanken des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes stärker als bisher Geltung verschafft werden kann. Sie wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Bauentwicklung in diese Richtung zu lenken.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Es ist aber auch an der Zeit, der **Qualität des sozialen Wohnungsbaues** mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Wenn schon wegen der immer größer werdenden Baulandnot in unserem Lande in den Großstädten beim Bau von Familieneigenheimen Schwierigkeiten erwachsen, so sollten wenigstens in den Etagenwohnungen die technischen Voraussetzungen für ein von äußerer Beeinträchtigung ungestörtes Familienleben zu schaffen sein. Zu denken ist hier nicht nur an den Schallschutz, sondern auch an Grundrißlösungen, die unseren Wohnvorstellungen und insbesondere auch den Bedürfnissen der Hausfrau und Mutter in der täglichen Hausarbeit angepaßt sind.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Nicht zuletzt sollte aber auch das äußere Bild der Bauten des sozialen Wohnungsbaues, das den Betrachter heute mancherorts ernüchtert, noch erfreulicher werden. Die Überlegungen der Architekten sollten noch stärker als bisher der Frage zugewandt sein, wie man den Reihenhäusern des sozialen Wohnungsbaues den Eindruck des Eintönigen und Schematischen nehmen kann.

(Sehr richtig!)

Die Landesregierung wird hier gerade neue Ideen begrüßen und ihre Verwirklichung gerne fördern.

Die Kulturhoheit gibt den Ländern in kaum einem Gebiet des öffentlichen Lebens so reiche und vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten wie gerade bei den kulturellen Angelegenheiten. Die Landesregierung ist entschlossen, diese Möglichkeiten zu nutzen und insbesondere allen Menschen dieses Landes gleichen Zugang zu den kulturellen Gütern zu verschaffen. Es geht ihr vor allem darum, in einer **planmäßigen Begabtenförderung** das Potential an Intelligenz voll auszuschöpfen, das in unserem Volke vorhanden ist. Diese Begabtenauslese und -förderung muß bei und in der Volksschule beginnen.

Im Wettkampf der Wissenschaften wird die Zukunft der Menschheit entschieden werden. Die **Förderung der wissenschaftlichen Forschung** ist daher für jeden Staat, der mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt halten will, eine lebenswichtige Forderung. Hier muß sowohl die Forschung im Bereich der Wirtschaft und Technik verstärkt als auch der heute noch kaum zu erfassenden Bedeutung der Atomkraft für die Zukunft der Menschheit Rechnung getragen werden. Daneben aber darf die Forschung im Bereich der Geisteswissen-

schaften um des Menschlichen in dieser Welt willen nicht vernachlässigt werden. (C)

(Sehr gut! bei der CDU)

In dieser Erkenntnis hat Karl Arnold vor Jahren die Arbeitsgemeinschaft für Forschung ins Leben gerufen, die seitdem eine überaus fruchtbare Arbeit geleistet hat. Die Landesregierung hat den Wunsch, daß die Arbeitsgemeinschaft, deren Wirken sie in gleicher Weise fördern wird wie bisher, in Zukunft der Grundlagenforschung der Wirtschaft und der Erforschung der Kernenergie noch stärkere Bedeutung beimessen möge als bisher.

Von gleicher Bedeutung ist aber die Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an den Universitäten unseres Landes, die die Landesregierung als eine selbstverständliche Pflicht betrachtet. Sie wird daher für die Anliegen der Professoren und Studenten immer aufgeschlossen sein und durch den **Ausbau der Hochschulen** für eine Wissenschaftspflege im Dienste der Menschlichkeit Sorge tragen. Dabei wird sie die Frage nicht vernachlässigen, was getan werden muß, um bei dem großen Andrang zu unseren Universitäten und Hochschulen Forschung und Lehre im richtigen Verhältnis zu halten.

Die Landesregierung wird das **Elternrecht** als Ausdruck der Freiheit und die erst durch dieses Elternrecht ermöglichte praktische Übung der Toleranz in allen Schulangelegenheiten zur Grundlage ihrer Arbeit machen.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Geiste wird sie sich um die innere Festigung unseres Schulwesens bemühen. (D)

Die Landesregierung ist weiter der Überzeugung, daß es um der demokratischen Freiheit willen in unserem Lande **kein Schulmonopol der öffentlichen Hand** geben kann und darf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Elternhaus und Kirche bleiben neben der Schule erziehungsmächtige ursprünglichen Rechtes. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Kirche und zwischen den kommunalen Schulträgern und der Landesregierung, die in früheren Jahren den Schulfrieden in unserem Lande erfreulich zu wahren imstande gewesen ist, soll wieder sorgfältig gepflegt werden.

Unser gesamtes Schulwesen hat in den letzten Jahrzehnten unter ständiger, durch die politische Entwicklung hervorgerufener Beunruhigung gestanden. Das **Manipulieren und Experimentieren mit Schulformen und Schultypen** ist nachgerade zu einer Gefahr geworden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Darum sind Beruhigung und Befriedung, die unter pädagogischen Gesichtspunkten stehen müssen, ein wesentliches schulpolitisches Ziel der Landesregierung. Beides — Beruhigung und Befriedung — läßt sich aber nur durch Verzicht auf alle nicht unbedingt notwendigen pädagogischen Neuerungen erreichen.

(Sehr gut! bei der CDU)

Der **Ausbildung der Lehrer** aller Schularten, die den Grundgedanken unserer Schulgesetzgebung trägt, wird die besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung gel-

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) ten. Der besorgniserregende, ständig steigende Mangel an Lehrkräften zwingt zu Überlegungen, was getan werden kann, um sowohl den akuten Mangel zu beheben wie auch für die Zukunft den Beruf des Lehrers ideell und materiell so anziehend zu machen, daß junge Menschen in ausreichender Zahl bereit sind, sich für diesen Beruf zu entscheiden.

(Bravo! bei der CDU)

Der Berufsschullehrerausbildung wird in diesem Zusammenhang dabei besondere Sorgfalt zugewendet werden müssen.

Das **Privatschulwesen** ist bislang in unserem Lande nur unzureichend geregelt. Die Landesregierung wird daher in Ausführung der Verfassung und in Fortführung des entsprechenden Abschnittes des Schulgesetzes alle Fragen der Privatschule einer befriedigenden Regelung zuführen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht zuletzt aber wird sich die Landesregierung die **Förderung sportlicher Betätigung** in unserem Lande angelegen sein lassen. Erholung und körperliche Ertüchtigung sind für den Menschen notwendig, der im Getriebe des modernen Alltags steht. So wichtig die Pflege des Leistungssportes ist, so bedeutsam ist es auch darüber hinaus, daß weiteste Kreise der Bevölkerung, die lediglich zur persönlichen Freude und Erholung Sport treiben, dazu ausreichende Möglichkeiten erhalten.

(Lebhafter Beifall)

- (B) Notwendig ist hier vor allem die Vermehrung der Zahl der Sportplätze, der Schwimmbäder sowie die Schaffung von Erholungsstätten, in denen der moderne Großstadtmensch in Licht, Luft und Sonne, in Sport und Spiel seinen Körper ertüchtigen und seine Freizeit sinnvoll ausnutzen kann.

Zugleich wird die Landesregierung aber auch die Sportvereine unseres Landes in ihren Bestrebungen weiter unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre verdienstvolle Arbeit für die Jugend und die Geltung des deutschen Sportes fortzuführen.

Die Landesregierung bekennt sich uneingeschränkt zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die das deutsche Volk in den letzten zehn Jahren aus Chaos und Elend zu Ordnung und Wohlstand geführt hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Diese **Wirtschaftspolitik**, aufgebaut auf den Grundprinzipien eines freien Leistungswettbewerbs und sozialer Verpflichtung, dient der Stabilität von Währung und Wirtschaft, der Sicherung der Arbeitsplätze sowie dem inneren und äußeren Frieden. Nordrhein-Westfalen mit seiner großen Wirtschaftskraft, seiner Schwerindustrie, seinem hochentwickelten gewerblichen Mittelstand und Handwerk, zugleich aber auch mit seinen zahlreichen kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, wird in erster Linie bestrebt sein müssen, zugleich mit dem Wachstum der Wirtschaft einen guten sozialen Ausgleich zwischen allen Schichten und Gruppen des Volkes zu finden.

Dabei wird die Sorge der Landesregierung vor allem der **Erhaltung gesunder selbständiger Existenzen im**

**Mittelstand und Handwerk** dienen. Beide stehen in der heutigen Wirtschaft in einem schwierigen Konkurrenzkampf zum Großbetrieb. Insbesondere sind sie ihm gegenüber auf dem Kreditmarkt im Nachteil. Hilfsmaßnahmen werden daher in erster Linie von dieser Seite her angesetzt werden müssen. Ein wichtiges Problem stellt in diesem Bereich auch die Stützung der Wirtschaftskraft der ländlichen Räume unseres Landes dar. Soll eine unerwünschte und uferlose Ausdehnung unserer Großstädte verhindert werden, so müssen die ländlichen Gebiete wirtschaftlich erschlossen und gestärkt werden. In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung die Grenzlandhilfe sowie das Ost-Westfalenprogramm für die leistungsschwachen Gebiete, vor allem an der West- und Ostgrenze des Landes fortführen und nötigenfalls verbessern.

(Lebhafter Beifall)

Die konjunkturelle Gesamtlage der Wirtschaft in unserem Lande zeigt im letzten Jahre eine gewisse Abnahme der Wachstumstendenzen. Damit haben sich zugleich in jüngster Zeit Schwierigkeiten in einzelnen Bereichen der Wirtschaft, so z. B. im Kohlenbergbau und in der Stahl- und Textilindustrie, eingestellt. Die Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß der Bergbau unseres Landes gesund und leistungsfähig bleibt. Trotz der gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten erscheint die Auffassung berechtigt, daß es sich hier zu einem wesentlichen Teil um die Nachwirkung überhöhter Einkaufs- und Vorratseindeckung aus der Periode einer übersteigerten Energie-Nachfrage handelt. Die Auswirkungen mögen noch einige Zeit andauern. Der Energiebedarf der Bundesrepublik und Westeuropas — das kann mit Sicherheit angenommen werden — ist aber in ständiger Zunahme begriffen. Bei gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Land, von Unternehmern und Gewerkschaften, müßte es deshalb wohl gelingen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, ohne marktwirtschaftliche Grundsätze aufzugeben. Allerdings werden sich dabei alle Beteiligten auch neuen Wegen aufgeschlossen zeigen müssen, — selbst dann, wenn sie die Abkehr von überkommenen und lieb gewordenen wirtschaftlichen oder technischen Vorstellungen voraussetzen.

(Hemsath (SPD): Wen meinen Sie denn jetzt?)

— Das wissen Sie!

Besondere Bedeutung wird in von Jahr zu Jahr steigendem Umfang die wirtschaftliche **Energieversorgung** unseres Landes gewinnen. Unsere Industrie, deren Energieverbrauch in den nächsten Jahren ständig steigen wird, muß den Zugang zu neuen Energiequellen erhalten, die neben die heimische Kohle treten werden. Die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Erforschung der Kernenergie und ihrer Verwendung als Kraftstoff ist deshalb ein wirtschaftspolitisch höchst bedeutungsvolles Anliegen, dem die Landesregierung alle Aufmerksamkeit zuwenden wird.

Die Landesregierung bejaht den **Gemeinsamen Europäischen Markt**, dessen Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes in den nächsten Jahren ständig wachsen wird. Sie verkennt nicht, daß das Ziel von allen Beteiligten — auch von uns — Opfer verlangt. Die Landes-

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Regierung erwartet jedoch, daß eine harmonische Überleitung in die übernationale Wirtschaftsordnung erfolgt, die unsere Wirtschaft im Verhältnis zu den anderen Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes nicht unangemessen benachteiligt.

(Sehr gut!)

Die entscheidende Bedeutung des Verkehrs zwingt zur Konzentration aller Kräfte, um den Straßenbau in unserem Lande zu fördern. Die Landesregierung wird auf der Grundlage des kürzlich verkündeten Zehnjahresplanes den Ausbau des Straßennetzes unter angemessener Berücksichtigung aller Straßengattungen weiterführen.

Bei dem unbefriedigenden Straßenzustand unseres Landes werden aber alle Bemühungen um die Sicherheit des Verkehrs vergebens sein, wenn nicht die Straßenbenutzer selbst die erforderliche Disziplin im Verkehr aufbringen.

(Sehr richtig!)

Die Landesregierung richtet daher den dringenden Appell an alle Verkehrsteilnehmer, Rücksicht und Disziplin im Straßenverkehr zu üben. Wir sollten auch hier bedenken, daß der Mensch und nicht die Maschine im Mittelpunkt des Verkehrs zu stehen hat, und daß alle strafrechtlichen Maßnahmen auf die Dauer vergeblich sein werden, wenn sich diese menschliche Haltung nicht auch in unserem Lande und darüber hinaus in der Bundesrepublik Bahn bricht.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Für die Landwirtschaft kommt es bei der Entwicklung der Arbeitsmarktlage, der notwendigen Technisierung in Haus, Hof und Feld, bei der immer enger werdenden Verflechtung mit der übrigen Wirtschaft und bei dem wachsenden Wettbewerb des Europäischen Marktes darauf an, wirtschaftlich gesunde und leistungsfähige Betriebe zu schaffen. Dabei sind die bäuerlichen Familienbetriebe die tragende Grundlage der Landwirtschaft und unserer Versorgung.

Alle Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebs- und Agrarstruktur, insbesondere die Flurbereinigung, die Ordnung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande, der Wirtschaftswegebau, die Aussiedlung und Aufstockung sowie die Modernisierung der Haus- und Hofwirtschaft, werden im Rahmen des Möglichen gefördert werden. Durch eine bessere Abstimmung zwischen den Förderungsmaßnahmen des Bundes und des Landes soll dabei eine größere Wirkung erzielt werden.

Um die Landbevölkerung stärker an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung teilnehmen zu lassen und den bäuerlichen Nachwuchs auf die vielseitigen Aufgaben des Bauern von morgen vorzubereiten, sollen das Volksschul- und Berufsschulwesen auf dem Lande und die sonstigen Bildungsmöglichkeiten verstärkt gefördert werden. Im Interesse der Verbraucher, zur Hebung der Qualität und der Wettbewerbsfähigkeit sind die gemeinschaftlichen Markteinrichtungen der inländischen Erzeugung zu fördern.

Die besondere Sorge gilt der Bäuerin. Sie hat ein Übermaß an persönlicher Arbeit zu leisten, bei dem sie als

das Stiefkind der wirtschaftlichen Entwicklung dringend der Entlastung bedarf. (C)

(Beifall bei der CDU)

Um sie wieder mehr für ihre eigentlichen Aufgaben als Frau und Mutter, als Mittelpunkt der Familie freizumachen, werden alle wirtschaftlichen Möglichkeiten der Arbeiterleichterung und Arbeitsteilung vom Lande unterstützt werden.

In der Wasserwirtschaft soll der von der Regierung Arnold eingeleitete 10-Jahre-Plan vervollkommen werden. Bei dem wachsenden Wasserbedarf für Mensch und Wirtschaft, für die Pflanzen- und Tierwelt, müssen die natürlichen Grundlagen für die Sicherung des Wasserhaushalts in Wald und Feld gepflegt werden. Die natürliche und künstliche Vorratshaltung, insbesondere die Erweiterung des Talsperrenraums und der Anschluß weiterer Gebiete an eine zentrale Wasserversorgung, müssen den steigenden Anforderungen entsprechen. Zur Beseitigung der Hochwassergefahren, die in den letzten Jahren große Schäden anrichteten, sollen vorbeugend die nötigen Flußregulierungen und Maßnahmen des Hochwasserschutzes durchgeführt werden. Das infolge der Bevölkerungszunahme und der Industrialisierung so dringend gewordene Abwasserproblem bedarf aus Gründen der Hygiene und der Wasserversorgung wie zum Schutz der Natur einer beschleunigten Lösung, die von der Wirtschaft, den Gemeinden und vom Staat in gemeinsamen Anstrengungen gefunden werden muß.

In ihrer Finanzpolitik wird sich die Landesregierung von den Grundsätzen einer sparsamen, wirtschaftlichen und ausgeglichenen Haushaltsführung leiten lassen. Sie ist der Meinung, daß es grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates ist, selbst zu wirtschaften und aus rein fiskalischen Erwägungen Vermögen zu bilden. In den Haushalt des Landes sollen jährlich nur die Ausgaben eingesetzt werden, die im Jahre ihrer Veranschlagung wirklich auch geleistet werden können. Die leider immer noch zu beobachtende Bildung hoher Ausgabenreste bei manchen Investitionstiteln des Haushalts, die oft jahrelang, vielfach in ständig zunehmender Höhe, in das jeweils nächste Rechnungsjahr übertragen werden, soll in Zukunft vermieden werden. (D)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann diese Regierungserklärung nicht schließen, ohne auf die schwerste, die drängendste Frage der deutschen Politik, ja des deutschen Schicksals, einzugehen. Wir dürfen bei all unserem Bemühen um die gute Ordnung unseres Landes nie vergessen, daß es 17 Millionen Deutsche gibt, denen es versagt ist, in Freiheit und Recht ihr Leben nach ihrem Willen zu gestalten.

(Zustimmung bei der CDU)

Auch der Landespolitiker darf nicht vergessen, daß alles politische Wirken in der Bundesrepublik zum Besten der Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges geschehen muß. Was wir hier in unserem Lande tun, jeder Beitrag, den wir dazu leisten, daß Freiheit und Würde des Menschen gefestigt werden, ist zugleich ein kostbares Gut für den deutschen Gesamtstaat,

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Meyers, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) dem hoffentlich bald auch die geknechteten Menschen im östlichen Teil unseres Vaterlandes angehören werden. Deshalb grüßen wir auch das freie Berlin, das, eingeschlossen vom Unrechtsstaat, unseren unterdrückten Landsleuten das Bild tapfer verteidigter Freiheit bietet und ihre Hoffnung ständig nährt.

(Erneuter lebhafter Beifall bei der CDU — Beifall einzelner Abgeordneter der SPD)

Die Landesregierung wird Berlin bei seinem stellvertretenden Einsatz für die deutsche Sache stets unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Der freiheitliche und soziale Rechtsstaat, an dem wir bauen, ist Ausdruck der besten Kräfte des ganzen Volkes.

Die demokratische Staatsform, zu der sich die Landesregierung erneut feierlich bekennt, ist das edelste Zeugnis des Staatsdenkens, das der Menscheng Geist ersonnen hat. Sie ist nicht frei von Mängeln. Aber bei aller Kritik sollten wir nie vergessen, welche gewaltige sittliche Kraft dem demokratischen Gedanken innewohnt, daß er allein Staaten geschaffen hat, in denen Menschen im Genuß ihrer Freiheit und im Frieden des Rechts wohnen können.

(Beifall bei der CDU)

Die Demokratie ist eine Staatsform, die zu verteidigen, zu schützen und zu festigen sich lohnt.

In dieser Überzeugung beginnt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit. Sie will dem Lande dienen im Vertrauen auf die Unterstützung des Volkes und mit der herzlichen Bitte an das Hohe Haus, sie durch Rat und Kritik in diesem Bemühen zu unterstützen.

- (B) Möge Gott unsere gemeinsame Arbeit segnen! Mögen dem fleißigen Volk unseres Landes glückliche Jahre beschieden sein! Möge vor allem unserem Volke und der Welt der Frieden erhalten bleiben!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident Gockeln:** Meine Damen und Herren! Sie haben die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen. Zwischen den Fraktionen besteht Übereinstimmung darüber, daß die Aussprache über diese Regierungserklärung am **Mittwoch, dem 30. Juli 1958**, stattfindet. (C)

Der Herr Ministerpräsident hat Ihnen zu Anfang seiner Regierungserklärung die Besetzung der einzelnen Ressorts mitgeteilt. Gemäß Art. 53 der Landesverfassung habe ich die genannten

#### Minister zu vereidigen.

Es besteht Übereinstimmung, daß auch diejenigen Herren Minister, die schon früher einmal im Amt waren, neu zu vereidigen sind. Ich bitte daher die Mitglieder der Landesregierung, zu dieser Vereidigung hierherzukommen.

Meine Herren Minister! Sie wissen, daß unsere Verfassung vorschreibt, daß Sie vor der Übernahme Ihres Amtes den Eid nach Art. 53 leisten. Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, diese nachzusprechen und mir anschließend dieses Zeugnis durch Handschlag zu bekräftigen.

(Die Minister werden vereidigt.)

Meine verehrten Damen und Herren! Damit ist das, was wir für die heutige Sitzung vorgesehen hatten, erfüllt, so daß ich die Sitzung schließen kann.

Zur Durchführung der Aussprache über die Regierungserklärung berufe ich den Landtag für **Mittwoch, den 30. Juli 1958, 10 Uhr**, nach hier ein.

Die Sitzung ist geschlossen. (D)

**Schluß: 11.26 Uhr**